



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 10.04.2013

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 08.04.2013, 15:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Ekrem Ceylan	KL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD	
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	SPD	Vertretung für Frau Mucuk
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel
Frau Jolanta Boldok
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Andreas Vetter

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL	entschuldigt
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit	
Frau Barbara Brunelli	GOL	entschuldigt
Frau Ebru Coban	KL	entschuldigt
Herr Ali Esen	LB	
Herr Vedat Günes	Integration	entschuldigt
Frau Filiz Kalaman	entschuldigt	
Herr Serkan Kirli	Mevlana	entschuldigt
Frau Minu Nikpay	KÖBES	entschuldigt
Herr Tekin Parmaksiz	SPD	
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA	

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD	entschuldigt - vertreten durch Herrn Schulz
Herr Efsan Kara	CDU	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Christopher Meier	Agentur für Arbeit
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie entschuldigt

Frau Gabriele von Dombois

Seniorenvertretung der Stadt Köln entschuldigt

Verwaltung

Frau Dagmar Dahmen

Der Vorsitzende Herr Keltek begründet die Notwendigkeit der Einberufung einer Sondersitzung des Integrationsrates aufgrund der für den 12. April 2013 geplanten Haushaltsberatungen des Finanzausschusses.

Herr Keltek verweist vor Eintritt in die Tagesordnung auf folgende Tischvorlagen:

- Kopie eines Schreibens an den Kölner Stadt Anzeiger, Herrn Frangenberg, zu seiner Berichterstattung ‚Integrationsarbeit hat keine Lobby‘
- Kopie eines Schreibens an den Herrn Oberbürgermeister zur Unterstützung der Durchführung einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Anschlages in Solingen
- Kopie einer Presseerklärung zu Anschlagsplanungen auf den Pro NRW Vorsitzenden

sowie

- Änderungsantrag Der Linken zum Haushaltsplan Entwurf
- Antrag von Herrn Keltek zum Haushaltsplanentwurf.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und sonstiger Anlagen 0426/2013

Änderungsantrag zu TOP 7.1 - Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/14: LINKE - VN 2013/14: Rücknahme der Kürzungen von Förderungen seit 2009 aus dem Bereich Integration/Interkultur
AN/0442/2013

Antrag Haushaltsplanentwurf 2013/2014
AN/0439/2013

2 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

I. Öffentlicher Teil

1 **Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und sonstiger Anlagen 0426/2013**

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt die einzelnen integrationsrelevanten Finanzpositionen aus ‚Transparente Darstellung des Haushaltsplanentwurfes 2013/2014‘ vor.

RM Herr Detjen bedauert, dass der Sitzungstermin des Integrationsrates für den heutigen Tag und nicht wie die Sitzung des Jugendhilfeausschusses, unmittelbar vor der Finanzausschusssitzung terminiert wurde. Herr Detjen verweist auf eine Pressenotiz, nach der die im Bereich der Bürgerzentren geplanten Kürzungen jetzt zurückgenommen worden seien und fragt nach, ob dies nicht in derselben Form bei den Kürzungen im Integrationsbereich möglich sei.

RM Herr Helling weist darauf hin, dass seitens der beiden Mehrheitsparteien SPD und Grüne der Haushalt zur Zeit noch intensiv beraten werde und daher seitens seiner Fraktion heute kein Votum zu einzelnen Details des Haushaltes möglich sei. Es werde zur Zeit noch über Änderungen im Bereich der Zentrenförderung, der Förderung des Flüchtlingszentrums und des Therapiezentrums für Folteropfer, beim Aktionsprogramm gegen Gewalt und im Bereich Menschen ohne Papiere beraten. Außerdem sei es wichtig, dass eine funktionierende Stelle den Integrationsprozess steuere, allerdings sei noch unklar mit welchem Personalaufwand.

RM Frau Schmerbach hält den für die Sondersitzung gewählten Termin ebenfalls für unglücklich, da im aktuellen Diskussionsprozess zur Zeit noch versucht werde Finanzpositionen zu ändern. Aus diesem Grunde sei auch für ihre Fraktion heute kein klares Votum möglich.

RM Herr Jung verweist auf die erst am kommenden Mittwoch zum Thema tagende Fraktionssitzung.

Herr Jung beantragt, die Niederschrift der heutigen Integrationsratssitzung ohne Votum in den Finanzausschuss zu geben.

IRM Herr Özkücük betont die Wichtigkeit eines klaren Votums des Integrationsrats und plädiert für die Unterstützung des von Herrn Keltek eingebrachten Antrages.

Der Vorsitzende Herr Keltek macht darauf aufmerksam, dass sein Antrag den verschiedenen in der Vergangenheit gefassten Beschlüssen des Integrationsrates zu den Themen Interkulturelle Zentren und Steuerung der Integrationsarbeit entspreche.

RM Frau Laufenberg erklärt, dass sie dem Antrag von Herrn Keltek nicht zustimmen könne, da eine Gegenfinanzierung unklar sei. Sie verweist zudem auf die Planungen zu einer Diversity Dienststelle.

RM Herr Helling beschreibt das Dilemma als Fraktionsvertreter im Integrationsrat. Mit der ausdrücklichen Bitte um Aufnahme in der Niederschrift, weist er darauf hin, dass eine Enthaltung der Vertreter seiner Fraktion im Integrationsrat zum Antrag des Herrn Keltek, ausdrücklich nicht dessen Ablehnung bedeute, sondern dem Umstand Rechnung trage, dass sich seine Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt habe.

RM Frau Schmerbach schließt sich, gleichfalls mit der ausdrücklichen Bitte um Aufnahmen in die Niederschrift, dieser Erklärung von Herrn Helling an.

Herr Sewenig hebt die Selbsthilfepotentiale der Interkulturellen Zentren hervor und warnt vor hohen Folgekosten bei einer Kürzung der Zuschüsse.

Herr Prölß errechnet eine Einsparsumme durch die geplanten Kürzungen im Integrationsbereich in Höhe von 514.000,- €. Bezugnehmend auf die in der Presse gemeldete Rücknahme der geplanten Kürzungen bei den Bürgerzentren fragt er nach, aufgrund welcher städtischer Einnahmen dies möglich geworden sei und ob diese Einnahmen auch für die Finanzierung der Integrationsarbeit genutzt werden könnten.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker erläutert, dass die Verwaltung der Politik zur Finanzierung der Bürgerzentren vorgeschlagen habe, Erstattungsbeträge des Landschaftsverbandes für Betreutes Wohnen zu nutzen. Über diese Verwendung entscheide aber ausdrücklich die Politik.

IRM Herr Rempel führt aus, dass bei der Finanzierung der Integrationsarbeit auch die bezirksbezogenen Mittel der neun Stadtbezirke eine wichtige Rolle hätten und daher ebenfalls vom Integrationsrat berücksichtigt werden müssten. Er kritisiert die komplette Kürzung der Zuschussmittel bei der Bühne der Kulturen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Zuschussmittel für das Gürzenich Orchester um 2.000.000,- €.

RM Herr Detjen hebt das hohe bürgerschaftliche Engagement in den Interkulturellen Zentren hervor und warnt davor, dass bei einer Kürzung der städtischen Zuschüsse auch die von den Zentren akquirierten Drittmittel für die Stadt wegfallen würden. Auch müsse die über die Stadtgrenzen Kölns hinaus bekannte gute Arbeit im Bereich Menschen ohne Papiere gesichert werden.

IRM Frau Giurano hält es für ein Armutszeugnis der Fraktionen, wenn zum jetzigen Zeitpunkt der Haushaltsdebatte die Finanzierung der Integrationsarbeit noch nicht gesichert sei. Sie appelliert daran, den Antrag von Herrn Keltek zu unterstützen.

RM Herr Uckermann erläutert das allgemeine Finanzierungsverfahren beim Landschaftsverband Rheinland.

RM Herr Helling antwortet mit einer persönlichen Erklärung auf die von Frau Giurano geäußerte Kritik, die Ratspolitiker wollen sich aus der Affäre ziehen, und führt aus, dass er sich persönlich bereits seit 2003 vehement für eine Stärkung und Sicherung der Finanzierung für die Interkulturellen Zentren in Köln einsetze und dadurch geplante Kürzungen regelmäßig verhindert werden konnten. Daher verbiete er sich diese von ihr geäußerten Belehrungen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die verschiedenen Anträge abstimmen: Mündlicher Antrag von RM Herrn Jung auf Weiterleitung der Niederschrift ohne Votum an den Finanzausschuss

Beschluss: Mehrheitlich abgelehnt bei 2 befürwortenden Stimmen.

Änderungsantrag zu TOP 7.1 - Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/14: LINKE - VN 2013/14: Rücknahme der Kürzungen von Förderungen seit 2009 aus dem Bereich Integration/Interkultur AN/0442/2013

Beschluss:

„Der Integrationsrat nimmt den Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und sonstiger Anlagen, sowie die von der Fraktion DIE LINKE in ihrem Veränderungsnachweis vorgeschlagenen Rücknahmen von Kürzungen zur Kenntnis.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen die Stimmen der Vertreter/-innen von CDU, SPD, Grüne, FDP und Pro Köln.

Antrag Haushaltsplanentwurf 2013/2014 AN/0439/2013

Beschluss:

„Der Integrationsrat lehnt die im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der Integrationsarbeit entschieden ab.

Der Integrationsrat weist besonders auf zwei Bereiche hin, in denen keinesfalls Kürzungen vorgenommen werden dürfen und fordert:

1. Erhalt einer Dienststelle zur Begleitung und Förderung der Integration.
Prüfung einer Erweiterung bzw. Zusammenfassung dieser Dienststelle im Sinne der Beschlüsse des Integrationsrates vom 21.06.2011 und 26.11.2012.

Diese Dienststelle zur Begleitung und Förderung der Integration muss künftig stärker die Potentiale der Integration von Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung der Stadt in den Mittelpunkt stellen, zielgerichteter den Einsatz der städtischen Finanzmittel steuern und die aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen und Erkenntnisse zum Thema Integration und Migration z.B. durch eine konsequente Umsetzung der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung und Stadtgesellschaft begleiten.

2. Erhalt der finanziellen Förderung der Interkulturellen Zentren im bisherigen Umfang.

Durch über 30 Interkulturelle Zentren fördern Migrantinnen und Migranten mit hohem ehrenamtlichem Engagement aktiv den Integrationsprozess in dieser Stadt. Die städtische Grundförderung von 400.000,- € ermöglicht es den Interkulturellen Zentren, weitere ca. 2.000.000,- € an Fördermitteln des Bundes, Landes usw. in die Integrationsarbeit in dieser Stadt zu investieren. Durch eine Kürzung der städtischen Finanzmittel würden auch diese Fördermittel wegfallen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei vier Gegenstimmen (Vertreter/-innen der CDU, FDP und Pro Köln) und vier Enthaltungen (Vertreter/-innen der SPD und Grünen).

2 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt vor, die Öffentlichkeit über die Beschlussfassung des Integrationsrates zum Haushaltsplanentwurf zu informieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates unterstützen diesen Vorschlag.

Der Vorsitzende Herr Keltek thematisiert die Verunsicherung der Kölner Migrantinnen und Migranten aufgrund des Brandes eines Mehrfamilienhauses in Köln-Höhenberg mit überwiegend türkeistämmigen Bewohnern und schlägt dem Integrationsrat vor, ihn zu beauftragen, ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten Köln zu führen und anschließend die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. In diesem Gespräch soll die Polizei auf die äußerst angespannte Stimmungslage der Kölner Migrantinnen und

Migranten im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Morden und Anschlägen hingewiesen und ein Sachstand der Ermittlungen zu Köln-Höhenberg abgefragt werden. Nach einer Diskussion wird mehrheitlich entschieden, Herrn Keltek zu bitten ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten zu führen und über das Ergebnis den Integrationsrat zu informieren.

Tayfun Keltek
Vorsitzender

Andreas Vetter
Geschäftsführer